

[de](#)

[Press release](#) | 15.04.2014

Portabilität von Rentenansprüchen

Europaparlament sichert mobilen Arbeitnehmer/innen volle Rentenrechte zu

Heute hat das Plenum des EPs das Verhandlungsergebnis zur EU-Mobilitäts-Richtlinie (vormals Portabilitäts-Richtlinie) angenommen, dass die Zusatzrentenansprüche mobiler Arbeitnehmerinnen regelt. Dazu sagt **Elisabeth Schroedter**, Vize-Präsidentin des Beschäftigungs- und Sozialausschusses für die Fraktion der Grünen im EP:

„Ich freue mich, dass wir endlich erreicht haben, dass mobile Arbeitnehmer/innen in der EU ihre Zusatzrentenansprüche auch wirklich bekommen können, wenn sie diese in einem anderen EU-Mitgliedstaat erworben haben. Nach jahrelanger Blockade im Rat konnten wir heute dem Ergebnis des ausgehandelten Kompromisses zur Mobilität von Zusatzrenten, auch Betriebsrenten genannt, zustimmen.

Durch diese Richtlinie wurde auch ein europäischer Standard für 21 Jahre als Alter gesetzt, ab dem das Recht auf Anwartschaft für Zusatzrenten beginnt. Damit wird der in Deutschland immer noch herrschende Diskriminierung von jungen Arbeitnehmer/innen jetzt ein Ende haben. Das Mindestalter für Zusatzrentenansprüche liegt in Deutschland immer noch bei 25 Jahren. Dies muss jetzt für Arbeitnehmer/innen, die in einen anderen Mitgliedsstaat gehen auf 21 Jahre runtergesetzt werden. Ich bin davon überzeugt, dass damit ein enormer Druck auf die große Koalition entsteht, das Alter für Anwartschaften für Betriebsrenten auch für deutsche Jugendliche zu senken.

Zusätzlich haben wir durch die Richtlinie die so genannten Zeiten der Unverfallbarkeit gesenkt. Bisher mussten Angestellte in Deutschland fünf Jahre in einem Unternehmen beschäftigt gewesen sein, bevor man grenzüberschreitend Ansprüche übertragen konnte. Diese Frist wird nun auf drei Jahre gesenkt. Ein zusätzliches Informationsrechte für mobile Arbeitnehmer/innen über die ihnen zustehenden Zusatzrentenansprüchen soll in Zukunft sicherstellen, dass alle Menschen, die in einen anderen EU Land arbeiten, keinerlei Abstriche bei ihren gesetzliche und Zusatzrentenansprüchen mehr hinnehmen müssen.“

Recommended

News

European Union



[Plenary Flash 21 - 24 October 2024](#)

18.10.2024

News

European Parliament building in Strasbourg / © European Union 2019 / Architecture-Studio



[Debriefing of the October I 2024 plenary session](#)

11.10.2024

Press release

Photo by Jason Mavrommatis on Unsplash



[Greens/EFA Group welcomes that Draghi report recognise...](#)

09.09.2024

Press release

<https://www.pexels.com/photo/top-view-of-a-soccer-field-13890306/>



[New anti-money laundering rules victory in the fight a...](#)

24.04.2024

Please share

[E-Mail](#)